



öffentlich

Betreff:

Dienststelle des Landwirtschaftsamtes

Erstellungsdatum 16.03.2004

Eingang 902:

Einreicher: Fraktion Grüne/B90

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
31.03.2004	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		
21.04.2004	Hauptausschuss		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In die Öffentlich-Rechtliche Vereinbarung der Stadt Potsdam mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark über die Übernahme der Aufgaben auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Förderung und Produktion nach § 23 Abs. 1, Erste Alternative des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg ...

werden folgende Änderungen aufgenommen:

§ 1 Abs. 4 lautet neu:

Der Landkreis Potsdam-Mittelmark gewährleistet, dass den Potsdamer Landwirten ab 01.01.2005 zur Durchführung der in dieser Vereinbarung geregelten Aufgaben eine Dienststelle in der Stadt Potsdam zur Verfügung steht.

§ 2 lautet neu:

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Mit der Gemeindegebietsreform wurde die Stadt Potsdam für 18 landwirtschaftliche Betriebe zuständige Behörde auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Förderung und Produktion. Um einerseits zu gewährleisten, dass diese Aufgaben auch künftig für die nun in Potsdam ansässigen Landwirtschaftsbetriebe erfüllt wird, andererseits die Errichtung eines Landwirtschaftsamtes in Potsdam unvermeidbaren Aufwand erforderte, wird die im Titel genannte Vereinbarung geschlossen. Die bisher vorgesehenen Regelungen gewähren nicht hinreichend, dass die Potsdamer Landwirte vor Ort eine Dienststelle vorfinden, das soll durch die erste vorgeschlagene Regelung gesichert werden. Die zweite hier vorgeschlagene Änderung will den in dem Vereinbarungsentwurf enthaltene Regelung insoweit aufgreifen, als dort eine Regelmäßige und umfassende Unterrichtung der Vertretungen geregelt ist, soll aber vermeiden, dass dafür ein neues Gremium geschaffen wird, dessen demokratische Legitimation unklar ist und bestimmt statt dessen die zuständigen Ausschüsse als zu unterrichtende Stellen. Dadurch kann auch gewährleistet werden, dass die betroffenen Landwirte in den öffentlich tagenden Ausschüssen Gelegenheit zur Stellungnahme bekommen können. Darüber hinaus wird bestimmt, dass die in Potsdam einzurichtende Dienststelle Zugang zu den benötigten Datenbanken bekommt, eine solche Regelung fehlt bisher in dem Entwurf.